

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Schalter-Halle geöffnet von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

Tagblattausgabe Nr. 6658-53.

Von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Begrußungspreis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn. M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Belegstellen. — Begrußungsstellen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Bismarckring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Bsp. für örtliche Anzeigen; 35 Bsp. für auswärtige Anzeigen; 1.25 M. für örtliche Kleinanzeigen; 2.50 M. für auswärtige Kleinanzeigen. 20% Leertextzuschlag. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechender Nachschlag. — Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Rühm 6202 und 6203.

Freitag, 13. Dezember 1918.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 581. • 66. Jahrgang.

Zur staatsbürgerlichen Erziehung der Jugend.

Von Stadtschulrat Dr. August Müller.

In der am 1. Dezember d. J. abgehaltenen Versammlung der Freideutschen Jugend wurde beklagt, daß das Wahlrecht auf das vollendete 20. Lebensjahr herabgesetzt wurde. Vor dem Richterstuhl der Vernunft könne dies Wahlrecht nicht bestehen. Man müsse direkt Leid empfinden ob der Belastung des jugendlichen Gewissens mit der Verpflichtung, dem vertriebenen Recht einen sachgemäßen Inhalt zu geben.

Ist die Klage berechtigt? Der Tatbestand läßt sich nicht leugnen: Unvorbereitet trifft die Jugend das Wahlrecht. Ohne Kenntnis der Zusammenhänge des staatlichen Geschehens, ohne Einsicht in das feine Räuberwerk des Staatsganzen steht die männliche und weibliche Jugend wohl meist ratlos da mit dem anerkannten Wahlrecht übertragene Pflichten gegenüber. Insofern erscheint das vertriebene Recht wider die Vernunft. Allein die Anklage, die in der mangelhaften Vorbereitung zur Ausübung des Wahlrechts liegt, trifft m. E. nicht sowohl die neuen Wahlhaber als vielmehr das alte System, das mit kleinen Mitteln einer großen Sache zu dienen sich bestrebt, aber nicht sich dazu aufraffen konnte, unsere Jugend im bildsamsten Alter neben der intellektuellen Schulung auch der zielbewußten sittlichen Übung teilhaftig werden zu lassen. Mit der bloßen Belehrung mit dem beständigen Mahnen und Warnen allein ist es nicht getan. Das Buchwissen auf der einen Seite, die Wirkung eines überhöhten Autoritätsprinzips auf der anderen haben noch niemals innerlich freie Menschen geschaffen. So konnte auch bisher die meist kümmerliche Belehrung über staatliche Einrichtungen, über deren geschichtliche Entwicklung, zeitgeschichtliche Bedingtheit und Bedeutung kaum Vergeistigung für den bestehenden Staat erwirken. Auch die jetzt in Angriff genommene Unterweisung durch Vorträge, wie sie die Freideutsche Jugend veranstaltet, wird kaum eine wesentliche Besserung erzielen. Ist die Arbeit neutral, nach keiner Seite hin innerlich verpflichtend, so dürften viele Jünglinge und Jungfrauen am Wahltag ebenso ratlos dastehen wie ohne Belehrung. Solange die Jugend nicht in den Stand gesetzt wird, zu beurteilen, was um sie herum vorgeht, selbst angeleitet wird, durch das Gewirr von Gründen und Gegenargumenten hindurch geführt, die Lebensbedingungen der Einrichtungen und Erfordernisse eines modernen Staates einzusehen, solange nicht ein Grundstock innerlich bindender Vorstellungen geschaffen wird, aus dem heraus die Stellungnahme zu den Problemen des Staatslebens von selbst erfolgt, solange bleibt die Jugend gedimmten, dem Fremdurteil sich zu unterwerfen und so zu wählen, wie ihre Meister in der Volksversammlung, am Arbeitstisch oder in der Familie vorliegen. Der Glaube an objektive Darstellungen geschichtlich-politischer Geschehnisse ist ein Irrglaube. Mit Festung der Auffassung Andersdenkender zu begegnen, ist das einzige, was von den Darstellern verlangt werden kann und darf. Eine Beschränkung auf die Darbietung der „nackten Tatsachen“ nähme den Stoffen ihren Reiz, der behandelten Materie die Seele und damit jedes Interesse.

Worum dreht es sich eigentlich bei aller staatsbürgerlichen Erziehung? Darum, die Schüler und Schülerinnen fähig zu machen, den Staat und das in ihm organisierte freie Volk und dessen Anliegen höher zu werten als das „Ich“, auch als die unter dem Staat stehende Partei und sonstigen Interessengruppen. Es handelt sich also letzten Endes um eine „tiefergehende Überwindung des Egoismus“, um „eine weitgehende Eröffnung von der Tyrannei persönlicher Empfindungen“. Liefen diese kann aber nur gebildet werden, wenn in allen Schritten die Seele zur Seele spricht, ein klarer Kopf, über dem wahrnehmenden Herzen des Lebrers wohnend, die Zwiesprache mit dem Schüler hält, in Arbeitsgemeinschaft und Selbstverwaltung die Bahn freimacht wird zur Übung der Tugenden der organisierten Gesellschaft, des Staates. Das trodene Buchwissen und das elende Lehrbuchwissen, von geschäftlichen Dosen für bequeme und arbeitsarme Lehrer zurechtgemacht, müssen, soweit sie noch die Klassen und Schulen beherrschen, möglichst durch die lebendige Persönlichkeit des Lehrenden ersetzt werden, der gesamte Unterricht darauf angelegt sein, in die Seele des erziehenden das Bedürfnis tief einzupflanzen, zu leben ist nur neben, sondern mit und für die anderen, und der allen Einzelwesen den Staatsgedanken mit klarer Zielbewußtheit zu erstreben. Denn das ist der große innere Demokratismus, daß nichts geschehen darf, zu dem er einzelne Stellung zu nehmen hat, bejahend oder verneinend, tugend oder abtugend, innerlich dazu verpflichtet, immer nur dem Staat als höchstes nachzudenken zu dienen. Darum wird die große Forderung

der staatsbürgerlichen Erziehung die sein, das Gefühl und Bewußtsein der Verantwortung für alles, was im Staate geschieht, wurzelt tief in Kopf und Herz der deutschen Jugend und damit des deutschen Volkes zu verankern. Damit das aber geschehen kann, brauchen wir in den Schulen aller Gattungen Männer und Frauen, die nicht nur durchdrungen sind von der großen Liebe zu unserem Volkstum und seiner Eigenwertigkeit, sondern auch von sozialer Gerechtigkeit, den Jüngling ohne Ansehen der Person nach dem Maße der vorhandenen Naturbedingungen zu voller Auswirkung der physischen, geistigen und moralischen Kräfte zu befähigen vermögen. Es sind Lehrerpersonen nötig, die selbst erfüllt von dem lebendigen Organismus des Staatswesens, als dessen dienende Glieder die gesellschaftsbildenden Funktionen in der Seele des Schülers in Aktion zu setzen und zur Einheit zu führen imstande sind. Der Lehrende muß nicht nur seine Schüler und Schülerinnen unterrichten, er muß sie vor allem erziehen. In Unterricht und gesellschaftlichem Umgang mit ihnen in und außer der Schule zu sittlichem Urteil über die Geschehnisse um sie, ihrer Altersstufe entsprechend, anleiten und zu diesem Zwecke so früh als möglich Anteil nehmen lassen an Verwaltung und Gerichtsbarkeit der Schulen. Im Bunde mit den lebensfrohen, gesellschaftsbildenden Kräften in der Seele der Jugend werden Schulleiter und Lehrer mit relativer Leichtigkeit auch der schwierigsten Jungen und Mädchen Herr werden. Im Staate ist die Monarchie geschwunden. Auch der Schulmonarch hat sich überlebt. Je mehr der Schul- und Klassenmonarch mit seiner alle freie Entfaltung erdrückenden Autorität schwindet, desto mehr werden sich die gesellschaftsbildenden, moralischen Kräfte hervorwagen und Schüler und Schülerinnen in der lebendigen Träger eines lebensfähigen Staates erziehen.

Für die Vorbereitung der bereits schulentlassenen Jugend freilich bleibt als kümmerliches Surrogat für die wenigen Wochen zur Nationalversammlung nichts als die belehrenden Vorträge. Für die weitere Zukunft aber sind freie Volkshochschulkurse einzurichten, in denen die Besucher und Besucherinnen u. a. in Geschichte, Volkswirtschaft, Handelsgeographie, Staatsbürgerkunde durch Vorträge und Übungen, in Rede und Gegenrede eingeführt und zu klarer Erkenntnis der staatlichen Notwendigkeiten und tiefgefühlter Verantwortlichkeit gegenüber dem Volksganzen geführt werden können.

Die Waffenstillstandsverhandlungen in Trier.

Völkerrechtswidrige Abschließung der deutschen Delegierten.

Br. Berlin, 12. Dez. (Fig. Drahtbericht.) Die erste Sitzung der über die Verlängerung des Waffenstillstandes beratenden Delegation ist heute vormittag in Trier eröffnet worden. Die Verhandlungen werden in einem D-Zug am Bahnhof geführt. Der bereits gemeldete Abschluß der Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission wird auch während der Verhandlungen peinlich durchgeprüft. Die Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission sind nicht nur von jedem Verkehr privater Art mit der Außenwelt abgesperrt, sondern auch der Kommunikation mit den Vertretern der deutschen Behörden wird ihnen nicht ohne die peinlichste Kontrolle gestattet. Dieser Vorgang widerspricht jedem Herkommen und steht im schärfsten Gegensatz zu den Bestimmungen des Völkerrechts, um so mehr, als diese Abschließung der Mitglieder der Waffenstillstandskommission im eigenen Lande erfolgt.

Die Frage der Kriegsschadigung.

W. B. London, 12. Dez. (Drahtbericht. Reuter.) Im Laufe einer Rede erwähnte Lloyd George, daß die interalliierte Kommission, die Deutschlands Fähigkeit, Kriegskosten zu zahlen, untersuchen soll, noch nicht zusammengetreten ist. Aber das britische Reichskabinett habe gestern einen Bericht überreicht, wonach es das Kabinett für möglich halte, die ganzen Kriegskosten von Deutschland zu erhalten, ohne die Befugnisse einer Armee für eine lange Zeit in Deutschland zurückzulassen oder große Kosten deutscher Ware anzunehmen. Die Konferenz sei der Ansicht gewesen, daß von den Alliierten mit wirtschaftlichen und internationalen Mitteln der nötige Druck auf Deutschland ausgeübt werden könne. Sobald der Bericht der interalliierten Kommission vorliege, werde er der Friedenskonferenz überreicht werden, die die Forderungen der Alliierten zusammenlegen werden. Diese Forderungen müßten, worin sie auch immer bestehen mögen, vor der deutschen Kriegsschuld kommen. Die Alliierten müßten in erster Linie die Interessen der Völker berücksichtigen, mit denen Deutschland Krieg geführt habe, und nicht die Interessen des deutschen Volkes, das sich dieses Vergehens gegen die Menschheit schuldig gemacht habe.

Gerechtigkeit, aber keine Rache!

W. B. London, 12. Dez. (Drahtbericht.) In einer anderen Rede sagte Lloyd George: Die Regierung hat ihr Friedensprogramm mitgeteilt, es ist ein Programm strengster Gerechtigkeit. Es darf keine Rache geben. Gerech-

tigkeit ist nicht Rache. An denjenigen, die dafür verantwortlich sind, daß die Welt in dieses Elend geführt worden ist, muß strenge Gerechtigkeit geübt werden. Diejenigen, die den Krieg begonnen und unterhalten, müssen bis zum letzten Pfennig zahlen. (Lauter Beifall.) Wir werden zu diesem Zweck ihre Taschen untersuchen. (Lauterhaltender Beifall.) Es hat keinen Zweck, über einen Waffenstillstand zu sprechen, wenn man Deutschland erlaubt, in dem Augenblick, wo der Krieg vorbei ist, seine Armee von 4 bis 5 Millionen Mann von neuem aufzubauen. Dieser Versuch muß von Anfang an vereitelt werden, und wenn das mit Deutschland geschieht, muß es auch hier geschehen. Den Schutz aber, den die Flotte gewährt, werden wir nicht aufgeben, wer immer das auch verlangen möge.

Völkerbund oder bewaffneter Friede?

W. B. Bern, 11. Dez. Der Mitarbeiter des „Berner Bund“, der an der Fahrt der Schweizer Journalisten nach den Vereinigten Staaten teilnahm, erklärt in seinem Blatte nachträglich, daß seine Meldungen über die Rede Wilsons am 27. September in der Schweiz nicht angekommen sind. Auffallend sei in diesem Zusammenhang, daß die Habas-Meldung gerade diejenigen Stellen der Rede nicht erwähnt, die mit Rücksicht auf die Ausgestaltung der künftigen Weltordnung am meisten Interesse haben. Der Mitarbeiter des „Bundes“ führt aus: In aller Geschäftstätigkeit und Stille ist ganz nach der Art der alten europäischen Geheimdiplomatie von den drei Entente-großmächten in England konferiert worden. Man hört, daß England und Frankreich bei den kommenden Verhandlungen gemeinsam auftreten werden. Man hört, daß eine dauernde Allianz geschlossen sei. Aus England und Frankreich kommen Äußerungen, die weit mehr auf die Befestigung der Siegerstellung als auf die Sicherung des Weltfriedens hinauslaufen, und die mit dem Völkerbund nach dem Wilsonschen Plan oder, um einen anderen wirklich großen Friedenspolitiker zu nennen, Lord Grey, nicht im Einklang stehen. Wilson will abdrücken von jener Politik, die nun schon so oft dazu führte, daß neue Kriege sich an alten Niederlagen entzündeten. Er weiß, daß die Dauer nicht von dem Maße des Übels abhängt, daß der Sieger dem Besiegten aufliegt, daß die Kräfte und vor allem die aufrichtige Friedensgesinnung der Völker nicht mehr Bedeutung haben als in der augenblicklichen Lage, die auszufließen manchmal mehr angenehm als verberberisch und auf die Dauer rühmlich ist. Zwischen zwei Zeitaltern schwelt und schaukelt die Menschheit. Hier die alte Gewohnheit der bewaffneten Selbstverteidigung, beruhend auf dem allgemeinen Mißtrauen, das sich nur zuweilen anders gruppiert, dort die Erkenntnis, daß es so nicht weitergeht, daß eine mögliche Änderung nicht auf der Landkarte, sondern in der Politik zu vollziehen ist, wenn es auf die Dauer besser werden soll. Hier militärische, dort mehr psychologische Lösung; hier Realpolitik, dort Menschheitspolitik mit ihrem für alle gleichgeltenden Gedanken Gerade diejenigen, die die Gedanken an die europäische Abwehr gegen Amerika denken sollten, sind sicherlich heute zu der Erkenntnis gekommen, daß die weltliche Gefahr für die „heiligsten Güter Europas“ in Europa selber zu suchen ist. Das war es immer und namentlich im August 1914.

Der Appetit der Entente auf die Befestigung Berlins.

W. B. Berlin, 11. Dez. Gegenüber der Meldung, daß der Bürgerkrieg Berlin bedrohe und daß das Volk deshalb den Schutz der Alliierten und die Ausdehnung der Befestigung bis Berlin fordere, schreibt der „D. Z.“: So beklagenswert die inneren Zustände bei uns auch augenblicklich sind, daß das Volk den Schutz durch die Alliierten und die Befestigung Berlins fordert, ist eine glatte Lüge. Nein, die Entente setzt solche Forderungen nur in die Welt, weil sie nach einem Vorwand sucht, größere Gebiete Deutschlands zu besetzen, als ihr nach den Waffenstillstandsbedingungen gestattet ist.

Die Aufhebung der Dienstpflicht in England.

W. B. Rotterdam, 12. Dez. (Drahtbericht.) Die „Westminster Gazette“ schreibt: Leute, die ihren Wählern erklären, daß sie in dem neuen Parlament für die sofortige Aufhebung der Dienstpflicht stimmen werden und ihnen versprechen, daß Deutschland gezwungen sein wird, alle Rechnungen der Alliierten bis zum letzten Cent zu bezahlen, sind wertlose Demagogen. Ihre Politik würde eine militärische Befestigung Deutschlands auf viele Generationen hinaus und die Bewehrung militärischer Einrichtungen in ganz Europa während dieser Zeit erfordern.

W. B. London, 12. Dez. (Drahtbericht. Reuter.) Bonar Law sagte in einer Rede: Man habe die Wahl nicht bis zur Rückkehr der Soldaten aufschieben können. Die Soldaten würden frühestens am Ende des nächsten Sessionsjahres, also ungefähr im August 1919, zurück sein.

W. B. London, 12. Dez. (Drahtbericht. Reuter.) In einer Versammlung in Bristol sagte Lloyd George, daß das Völkerrecht aufgehoben werde, sobald die Notwendigkeit dafür aufgehört habe. Es bestehe nicht die Absicht, es zu erneuern.

Frankreich gegen den Bolschewismus.

W. B. Bern, 12. Dez. Das „Journal des Débats“ schreibt: Der Krieg ist nicht zu Ende. Wenn Deutschland auch besiegt ist, so steht der Bolschewismus immer noch aufrecht und wird immer stärker, je mehr sich deutsche Truppen aus dem russischen Gebiet zurückziehen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß Deutschland sich vom Bolschewismus ansteden lassen wird; denn Deutschlands Temperament paßt nicht für die bolschewistischen Tendenzen. Aber die Manöver Lenins bleiben für die Entente gefährlich und könnten ihren Sieg

fabrikieren. Wir müssen daher Russland vom Bolschewismus befreien. Der Präliminarfrieden wird uns dazu neue Möglichkeiten geben. Schon jetzt verfügen wir über die nötigen Operationen. Keinerlei Bedenken dürfen und von einer Aktion in Russland abhalten. Alle aus Russland zurückgekehrten Personen, effiziente Agenten und Privatmänner der Medien und der Finanzen, beurteilen den Bolschewismus als das Furchtbare, das über die Welt hereingebrochen ist. Selbst Sozialisten, die den Bolschewismus an Ort und Stelle kennen gelernt haben, leugnen empört jede Solidarität mit dem Bolschewismus, der lediglich ein Regime des Banditenwesens sei. Selbst diese Sozialisten verlangen eine schnelle und energische Intervention. Deshalb muß die Unterne handeln.

Maßnahmen der Belgier.

W. B. Bern, 11. Dez. Wie der „Petit Parisien“ aus Brüssel meldet, hat die belgische Staatsverwaltung eine Verfügung erlassen, nach der die deutsche Erzeugnisse künftig nicht mehr für städtische Rechnung angekauft werden dürfen. Ferner sollen Angebote von Firmen, die mit dem Feind Handel treiben, nicht mehr berücksichtigt werden. Die belgischen Banken haben alle Beauftragten deutscher Währung entlassen.

Eine Niederlage der Bolschewisten im Ural.

W. B. London, 12. Dez. Die „Times“ meldet unter dem 2. Dezember aus Omsk, daß die russischen Truppen in der Nähe von Werchoturja im Ural am Morgen des 2. Dezember die Bolschewisten in der Schlacht angegriffen und ihren rechten Flügel, der Jekaterinenburg bedrohte, aufgerollt haben. Eine ganze bolschewistische Brigade wurde gesprengt, 1000 Gefangene gemacht, 15 Maschinengewehre, viel Kriegsmaterial, 8 Lokomotiven sowie 100 Waggons erbeutet. An dem Angriff waren allein russische Truppen beteiligt.

Gegen die Sowjetregierung.

S. Stockholm, 12. Dez. (Gig. Drahtbericht.) In Stockholm traf der frühere russische Premierminister Trepow in Gesellschaft bekannter zaristischer Beamter ein, so mit dem General Tau und dem Reichsmarschall Sowitsch. Trepow will bereits jetzt in Stockholm eine bürgerlich-russische Regierung bilden, die nach dem Sturz der Bolschewisten die Regierung übernehmen soll.

Vorbereitungen für eine neue russische Regierung?

W. B. Stockholm, 11. Dez. Laut „Dagens Nyheter“ ist der frühere russische Premierminister Trepow zusammen mit General Sowitsch und anderen in Stockholm eingetroffen. Seine Absicht soll sein, hier ein neues russisches Ministerium zu bilden, das nach dem Sturz der Bolschewisten die Regierung übernehmen soll. Als deren Mitglieder werden genannt: Fürst Wolkonskij, Baron Taube, Senator Jassisch, General Raffelsky u. a. Die Bildung des Ministeriums geschieht in Fühlung mit der Entente.

Der Truppeneinzug in Berlin.

W. B. Berlin, 12. Dez. (Drahtbericht.) Bei dem heutigen Truppeneinzug herrschte Schmutzwetter mit Schnee und Regen; trotzdem war der Andrang der Bevölkerung zu den Feststraßen so stark wie immer. Die vierte Garde-Infanteriedivision rückte unter Generalmajor Graf Fink v. Finkensfeld von der Frankfurter Vorstadt her über die Königsstraße unter den Linden ein. Die Truppen trafen von 10½ Uhr ab am Pariser Platz ein, überall jubelnd willkommen geheißen, und nahmen auf dem Platz Aufstellung. An der Tribüne standen der Volksbeauftragte Scheidemann, Kommandant Wels, Kriegsminister v. Scheuch und Generalleutnant Lequis. Nach einem Kompatenzial hielt Scheidemann die Rede. Er sprach von dem ferngeordneten deutschen Volk. Nach dem Dank spielte die Musik. „Deutschland, Deutschland über alles“. Dann trat Kriegsminister v. Scheuch an die Tribüne und führte aus: Kameraden der vierten Garde-Infanteriedivision! Ein Gruß Euch aus treuem Soldatenherzen aus heimischem Boden! Ich sehe es als eine für mich glückliche Fügung an, gerade diese Division bei der Rückkehr in ihre Garnison begrüßen zu können. Sind doch die Beziehungen, die mich mit ihr verbinden, besonders eng und einem Soldaten besonders teuer. Ich sehe vor mir das 9. Garde-Regiment zu Fuß, dessen Kommandeur gewesen zu sein auch heute noch mein Stolz ist. So grüße ich auch Euch von

ganzen Herzen als alte Bekannte, als liebe Kameraden, und mit Euch die Feldartillerie, die Pioniere und alle Formationen, die fest und treu den Kampf an Eurer Seite geführt haben. Euch allen, Kameraden, die dieser so kampfbewährten Division angehören, warmen, innigen Dank für das, was Ihr der Heimat geleistet habt. Überall, wo die Division kämpfte, da schrieb sie Ruhmesblätter in ihre Geschichte, in die Geschichte des deutschen Heeres. Die Wege dieser Regimenter in West und Ost waren Siegeswege. An Eurer Spitze standen im Frieden und im Kriege glänzend bewährte Offiziere; Eure Reihen waren fest geschlossen aus kernigen, willensstarken, stets opferbereiten Mannschaften. Wenn je einer behaupten sollte, die deutsche Armee sei in diesem Kriege geschlagen worden, so wird die Geschichte das eine Lüge nennen, und dieses Bewußtsein, unbefleigt heimzukehren, das laßt Euch nimmermehr nehmen. Schöpft aus ihm, wenn Ihr jetzt heimkehrt, Wille und Kraft, mit denen allein Ihr der Aufgaben Herr werden könnt, die Euch daheim erwarten. Wer so Großes geleistet hat im Kriege wie Ihr, der wird auch an der Bewältigung der neuen Aufgaben seinen Anteil haben. Dies ist mein Wunsch für Euch bei Eurer Heimkehr. Verdet daheim gute Bürger, sichere Stützen der Männer, die die Bürde der Reichsgeschäfte auf sich genommen haben und die dem Lande Ruhe und Ordnung wiedergeben wollen. Und auch Ihr jüngeren, die Ihr zunächst berufen seid, das Heer in der Heimat zu sein, auch Ihr haltet Ordnung, haltet ihn blank, den Ehrenschild Eurer Truppenteile, so blank, wie Ihr ihn jetzt erhabenen Hauptes heimbringt. Die Musik spielte den Parademarsch des 9. Garde-Regiments. Dann setzten sich die Truppen wieder in Bewegung.

Der Ausbau der Reichsämtner.

Br. Berlin, 12. Dez. (Gig. Drahtbericht.) Der Reichsausschuss werden von den verschiedenen Reichsämtner Programme ihrer künftigen Tätigkeit vorgelegt. Insbesondere hat Staatssekretär Dr. August Müller ein großzügiges Programm entworfen über die künftige Tätigkeit des Reichswirtschaftsamtes. Auch das Reichsfinanzamt und das Reichsjustizamt haben ihre Pläne dargelegt.

Der Nachfolger Dr. Solfs.

Br. Berlin, 12. Dez. (Gig. Drahtbericht.) Als Nachfolger des Herrn Dr. Solf nennt man in sozialdemokratischen Kreisen den Freiherrn v. Stumm, und zwar den älteren der beiden im diplomatischen Dienst schon lange tätigen Brüder. Herr v. Stumm ist zwar vor einiger Zeit aus dem auswärtigen Amt ausgeschieden, dürfte aber einem jetzt an ihn ergehenden Ruf wahrscheinlich Folge leisten.

Elisabeth-Lothringen.

W. B. Bern, 11. Dez. Die französische Presse feiert die Kundgebungen der Elisabeth-Lothringin Bevölkerung, besonders in Straßburg, anlässlich der offiziellen Benennung der Provinzen durch die französische Regierung und erklärt: Das geklammerte Definitivum wird durch den jubelnden Empfang der Bevölkerung gerechtfertigt. Jede Volksabstimmung werde damit überflüssig. Der „Temps“ meint: Die Deutschen fordern das Ableben in Anwendung des Solfschen und Scheidemannschen Grundgesetzes, was man retten kann. Wir wissen, daß die Volksabstimmung Deutschland die Provinzen niemals wieder zurückgegeben hätte.

W. B. Haag, 12. Dez. (Drahtbericht.) Die Volksratskommission gibt bekannt, daß vom 12. d. M. an die Briefpost von Elisabeth-Lothringen über Frankreich geleitet wird.

Straßburger Arbeiter für Belgien.

W. B. Berlin, 12. Dez. (Drahtbericht.) Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir: Etwa 1000 junge Männer, Söhne deutscher Eltern, sind aus Straßburg zur Zwangsarbeit nach Belgien eingeführt worden.

Professor Alfred Weber und Hugo Stinnes.

Professor Alfred Weber-Deibitz hat kürzlich in Berlin in einer Versammlung der demokratischen Partei die Behauptung aufgestellt, Leute wie Thüßsen und andere Industrielle befänden sich in Spaa, um dort mit den Franzosen zu verhandeln, wie man das deutsche Kleinland dem Feinde zuführen könne. Gegen diese Behauptung hat Hugo Stinnes protestiert und den Professor Weber um die Unterlagen zu seinen Behauptungen ersucht, dabei aber von vornherein festgestellt, daß seine Ausführungen in vollem Umfang unrichtig seien und daß derselbe sich einer gemeinen Lüge schuldig mache, der sie verbreite. Professor Weber hat nun auf diese Erklärung des Stinnes gegenüber die Gegenfrage gestellt, in wessen Auftrag Stinnes als Vertreter des deutschen Volkes in Spaa verhandelt habe. Welche Garantien haben dabei

vorgelegt, daß nicht ganz andere Dinge als die von Ihnen behaupteten Verhandlungen des Waffenstillstandes Gegenstand Ihrer Verhandlungen mit der Entente waren? Hugo Stinnes hat nun an Prof. Weber ein Telegramm gerichtet, in dem er sagt:

Da Sie für Ihre leichtfertigen, unmaßvollen Behauptungen keinerlei Unterlagen oder Entschuldigungen beigebracht haben, so stelle ich fest, daß Sie ein Verleumder und Erbschleicher sind, der gemeine Lügen verbreitet.

Professor Weber wird auf dieses Telegramm die Antwort zu erteilen haben.

Br. Berlin, 12. Dez. (Gig. Drahtbericht.) In einem offenen Brief an das „M. Z.“ erklärt Professor Alfred Weber, daß er in Sachen Thüßsen-Stinnes durch ihn als bestimmt zugetrugene Gerüchte als falsch festgestellt worden sei. Er gibt seiner lebhaften Freude Ausdruck, daß die schweren Beschuldigungen sich als haltlos erwiesen haben. Ferner teilt er mit, daß er die selbstverständlichen Forderungen gezogen habe und sein provisorisches Parteimitglied zur Verfügung gestellt habe.

Argentinisches Getreide für Deutsch-Oesterreich.

Br. Wien, 12. Dez. (Gig. Drahtbericht.) Das „Neue Wiener Journal“ meldet aus Lugano: Argentinien gestattete für Wien die Ausfuhr von 10 000 Waggons Weizen und 20 000 Waggons Mais, die von den österreichischen, in spanischen Häfen internierten Schiffen befördert werden sollen.

Wiesbadener Nachrichten.

— Die Besetzung Wiesbadens. Französische Offiziere waren gestern als Quartiermacher in Wiesbaden. Die Verhandlungen fanden im Rathaus statt. Die Besetzungstruppen selbst sind für heute oder morgen zu erwarten.

— Die Steuern sind unverändert weiter zu zahlen. Eine amtliche Bekanntmachung des Staatssekretärs des Reichsfinanzamts lautet: Unter den Gewerbetreibenden scheint die fälschliche Auffassung verbreitet zu sein, als beeinflusse die politische Neugestaltung im Reich und in den Einzelstaaten die Pflicht zur Steuerentrichtung. Diese Auffassung ist selbstverständlich völlig ungerichtet. Alle Steuern sind unverändert weiter zu zahlen. Die Steuerbehörden haben Anweisung erhalten, mit besonderem Nachdruck für pünktlichen Steuererfolg zu sorgen. Das gilt insbesondere auch für die am 1. August 1918 in Kraft getretene Umsatzsteuer und deren wichtigen Bestandteil, die Zugsteuer. Die sozialpolitischen wesentlichen Pläne des Ausbaus dieser letzten Steuer lassen es dringend notwendig erscheinen, daß die Veranlagung der Steuer in ihrer jetzigen Gestalt so sorgfältig als möglich erfolgt. Vor einer lässigen Befolgung der Bestimmungen über den Durchführungsweg kann nur gewarnt werden; sie würde für die Beteiligten die im Gesetz angedrohten ersten Folgen haben. Weiter sei die Aufmerksamkeit der Gewerbetreibenden, insbesondere der Großbetriebe, darauf gelenkt, daß nach Friedensschluß die vom Reichstag in die Umsatzsteuer eingefügte Vorschrift über die Vorbelastung der gemieteten Unternehmungen (§ 7) in Kraft tritt. Über die Durchführung dieser Vorschrift werden zurzeit Gutachten der amtlichen Berufsvertretungen von Landwirtschaft, Handwerk und Handel eingefordert.

— Feiertagsstunden. Am Sonntag, den 15. Dezember, und am Sonntag, den 22. Dezember, sind die Paketannahmestellen bei den hiesigen Postämtern wie folgt geöffnet: beim Postamt 1 (Rheinstraße) und beim Postamt 3 (Bahnhof) von 8 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm.; beim Postamt 6 (Wismarstraße) von 8 bis 12 Uhr vorm. und von 2 bis 6 Uhr nachm.; beim Postamt 2 (Schloßhofstraße) und beim Postamt 4 (Rheinstraße) von 8 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm. und von 3 bis 6 Uhr nachm.

— Beförderung nach der Entlassung. Die vom Feld- und Besatzungsheer zur Entlassung kommenden Mannschaften, die während des Krieges trotz Verwundetheit und Tüchtigkeit aus dienstlichen Gründen zu keinem höheren Dienstgrad befördert werden konnten, dürfen bei ihrem Ausscheiden durch den zuständigen Truppenvorsteher unter Gegenzeichnung des Soldatenrats zum nächsthöheren Dienstgrad übergradiert werden. Bei diesen Beförderungen sind unter Beachtung der Anzahl der Kriegsjahre und hervorragender Leistungen in erster Linie die schwerverwundeten, demnächst die mehr wehrpflichtigen und schließlich die Mannschaften der älteren noch dienstpflchtigen Jahrgänge zu berücksichtigen. Im allgemeinen dürfen von den in der Spalte „Kriegsjahre“ der Stellenanweisungen vorgesehenen Ersatzkräfte an Unteroffizieren und Gemeinen (ausgeschlossen Unterbeamte) der be-

(12. Fortsetzung)

Nachdruck verboten.

Die Wedemanns

Roman von Ilse Dore Tanner.

Der ganze Saal war dunkel, nur am Flügel, der an der gegenüberliegenden Wand stand, brannten zwei dicke, gelbe Wachskerzen, und Rätche von Rötterau saß davor. Ihre Hände lagen auf den Tasten, und jetzt unterschied er, daß sie ganz leise ein Weihnachtslied spielte. Ach so — er entsann sich — Fräulein von Rötterau übte in jeder Woche zweimal Weihnachtslieder mit der Jugend ein, die bei der Feierung gesungen werden sollten. Sie hatte einen reichen Anschlag und ziemlichliche Sicherheit, merkwürdig, daß sie sonst nie spielte. Ihr Gesicht, das fast ihm zugewendet war, hatte einen träumerischen Ausdruck, den er noch nie bemerkt hatte, oder war es nur das warme, milde Licht der Wachskerzen?

Ein Alford schloß das kleine Nachspiel, und einen Augenblick schien es, als wollte Rätche den Flügeldeckel schließen, aber dann begann sie, leise nur das Notenblatt fort, prälierte ein kleines Vorspiel, und nun — Hobst glaubte weder recht zu hören noch zu sehen — setzte eine reiche, wohlgebildete Mezzosopranstimme ein. Es war ein einfaches, jedenfalls in ganz altmodisches Lied, das sie sang. Hobst hatte es noch nie gehört, aber nach seinen Erfahrungen mußten sowohl Worte als Melodie einer schon längst vergangenen Zeit angehören:

An eines Bäckers Ranke,
Gar lieblich angesehn —
Da stand im grünen Walde
Ein Mädelchen Tausendkron.
Und in der Quelle Spiegel
Sah es betrübt hinein —
Was ist mir all mein Glück,
Nicht ich für mich allein —
Da rief der blaue Himmel:
Gott grüß dich allzumal.
Mit Sonne, Mond und Sternen
Bin ich bei dir im Tal —
Das Mädelchen sprach dagegen:
Mit allem deinem Schicksal,
Mit all den tausend Sternen
Bin ich ja doch allein.

Da kam der grüne Jäger:
Gott grüß dich Tausendkron —
Sag an, mein holdes Mädelchen —
Willst du nicht mit mir geh'n?
Da nickte und grüßte sie leise —
Dein Eigen will ich sein,
Denn nur am treuen Herzen,
Da bin ich nicht allein.

In den musikalischen Tönen seines heimischen Verkehrs, das wachte er, würde man über dieses Lied, das jedenfalls einer früheren, romantischer empfundenen Zeit angehörte, gelächelt haben. Aber heute gefiel es ihm — der düstere Saal, in dessen Bereich nur die einsame Spielerin am Flügel von dem wärmeschimmernden Licht der beiden gelben Kerzen überstrahlt wurde, die winterliche Stille ringsumher, die stete, ein wenig verklärte Stimme und die fast zauberhafte Begleitung zauberten zum erstenmal, seit er auf Oberkötterau weilte, etwas wie Entzückung an ihn.

Noch ehe das Licht erlosch, zog er sich leise zurück, er hörte noch die leichten Schritte, die sich der Tür näherten, sie zu schließen, und hörte den schweren Rolladen davor herunterrollen. —

Als er beim Abendlich Rätche Rötterau wieder sah, war es ihm fast wie ein Wunder, daß das braunäugige Mädchen noch etwas anders konnte, als den Hühnerhof besorgen, an das Wohlgefallen ihrer Familie und an ihrer Gutsleute Weihnachtsfreuden zu denken. Ihre Augen blickten jetzt so kühl und ruhig wie allabendlich über Hobst fort, und sie erörtere mit trockener Ernsthaftigkeit die Frage, ob man die alte Krippe nochmals mittels Buntpapiers und Gummi zurückstellen könne, oder ob man eine neue aus Berlin kommen lassen müsse.

Sobine Wedemann hatte in der Nacht nach dem Besuch bei ihren neuen Verwandten Stundenlang nachgedacht und geirrt. Sie war sich ganz klar darüber, daß sie ihr bis jetzt nicht die geringste Zuneigung einflößte, und daß weder ihre Schwiegermutter noch ihre Schwägerinnen ihr mit Wohlwollen entgegenkamen. Wahrscheinlich hatte Tante Amalie Mistranten und Vor-

urteil gegen sie gefaßt; aber ob es ihr je gelingen würde, das zu zerstreuen? Würde sie je so etwas wie Liebe für die Mutter und Schwiegern ihres zukünftigen Mannes empfinden können? Und sie wäre doch so dankbar und beflüßigt gewesen, wieder eine Mutter zu haben, und so gern bereit, ihr kindliches Vertrauen und Liebe zu geben. Wie würde es später werden? Würde Franz sie auch immer verstehen, immer treu zu ihr halten und niemand erlauben, sich zwischen ihn und sie zu stellen?

Ach, warum konnte sie ihn nicht so rückhaltlos, so mit ganzer Seele lieben, daß alles andere in den Hintergrund trat?

Und Sabine meinte: lautlos in ihre Kissen.

Sie sah bloß und matt aus. Is ihr Bräutigam am nächsten Tage zur gewohnten Stunde zu kurzem Besuch kam, und sie jetzt schlief um den Kopf zerknüllten Flechten machten sie noch jünger und lindlicher aussehen.

Er war sehr lieb und zärtlich zu ihr und brachte ihr Grüße von den Seinen. Aber er vernied es, von ihnen zu sprechen, und trotzdem das Sabine eigentlich ganz recht war, tat es ihr doch auch wieder weh. Es war etwas Unfreies, Gezwungenes zwischen ihnen, und beide fühlten das.

Vor dem Sonntag, der zum Tre den Besuch der Familie Herrmann bringen sollte, fürchtete sich Sabine, und sie wünschte inbrünstig, daß gerade an diesem Sonntag ihre anderen Bekannten nicht kommen möchten, aber der Wunsch sollte nicht in Erfüllung gehen.

Pünktlich wie immer erschien Heinrich Rötterau, Mila Seinitz folgte, und fast gleichzeitig mit Herrmanns kamen Tante Amalie und Lisa.

Eva und Briquet bemühten sich so zuvorkommend und liebenswürdig um die neuen Verwandten ihrer Schwester, daß diese ihnen von Herzen dankbar war und sich auf dem Antlitz von Frau Rat Herrmann ein Schimmer von Wohlwollen zeigte.

Fortsetzung folgt.

Stillspruch.

Gerechtigkeit erwartet keine Belohnung.

Tiere.

